



An die Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
10178 Berlin

medica mondiale e.V.
Hülchrather Str. 4
D-50670 Köln

An den Bundesaußenminister
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
1013 Berlin

Fon: +49/221/9 31 89 8-0
Fax: +49/221/9 31 89 8-1

info@medicamondiale.org
www.medicamondiale.org

Selmin Çaliskan
Durchwahl: 29
scaliskan@medicamondiale.org

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
Sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier,

17. April 2009

angesichts der Ratifizierung des schiitischen Familien- und Personenstandsgesetzes durch den afghanischen Präsidenten Hamid Karsai ist *medica mondiale* äußerst besorgt über die negativen Auswirkungen dieses Gesetzes auf die zukünftige Entwicklung der Frauen- und Menschenrechte in Afghanistan für alle Bürgerinnen und Bürger.

medica mondiale war in Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen sowie Mitgliedern des afghanischen Parlaments seit mehreren Jahren daran beteiligt, dass innerhalb des schiitischen Familien- und Personenstandsgesetzes das Mindest-Heiratsalter für Mädchen von neun auf 16 Jahre angehoben und die Regelung der so genannten vorübergehenden Eheschließungen abgeschafft wurden. Letzteres sollte afghanischen Männern rechtlich ermöglichen, Frauen auf Stunden- und Tagesbasis zu heiraten, um mit ihnen sexuellen Verkehr ausüben und die Frau danach wieder verstoßen zu können. Auch konnte die Regelung von Familienangelegenheiten nach dem Gewohnheitsrecht herausgenommen werden, wonach Frauen selber keinen eigenen Zugang zur Rechtsprechung gehabt hätten.

Trotz dieser Verbesserungen beinhaltet das Gesetz noch immer frauendiskriminierende Paragraphen, die sowohl gegen die afghanische Verfassung als auch gegen die von Afghanistan ratifizierten Internationalen Abkommen verstoßen.

1. Wir fordern Sie eindringlich auf, in Ihren Bemühungen hinsichtlich einer kritischen Überprüfung des Gesetzes nicht nachzulassen und die afghanische Seite dahingehend zu beobachten, ob sie in den angekündigten Überprüfungsprozess Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft einbeziehen, die über Gender- und Rechtsexpertise verfügen, wie dies durch afghanische Frauenorganisationen gefordert wird.
2. Am Samstag, den 18. April findet ein Treffen zwischen Präsident Karsai und VertreterInnen des Afghan Women Civil Society Network statt, um in den Dialog über den Überprüfungsprozess zu treten. Im Vorfeld ist eine Kontaktaufnahme Ihrerseits mit

Präsident Karzai notwendig, um etwaige negative Konsequenzen im Falle einer Nichtrücknahme der diskriminierenden Paragraphen durch die Bundesregierung aufzuzeigen.

3. Wir möchten Sie auffordern, Frauenrechte endlich in den Fokus Ihrer Afghanistan-Strategie zu nehmen und sich auf den friedlichen und zivilen Aufbau Afghanistans zu konzentrieren, statt weiterhin auf militärische Lösungen zu setzen. In den letzten fünf Jahren mussten wir beobachten, dass auch auf deutscher Entscheidungsebene der Schutz und die Förderung von Frauen und Mädchen während des Wiederaufbaus in Afghanistan gänzlich ins Hintertreffen geraten sind. Die geringe Wertschätzung von Frauen-/Menschenrechten zeigt sich unter anderem im äußerst niedrigen Anteil für Frauenprojekte von nur einem Prozent am gesamten deutschen Beitrag zum Aufbau Afghanistans. Wären Frauen und Mädchen in den letzten sieben Jahren zentraler Bestandteil der internationalen Afghanistan Politik gewesen, hätte es gar nicht erst zu einer Verschärfung des Klimas für die Durchsetzung von Frauenrechten kommen können. Somit haben auch deutsche Akteurinnen und Akteure durch ihr ignoranten Verhalten mit dafür gesorgt, dass ein solches Gesetz überhaupt erst möglich ist und Frauenrechtlerinnen durch ihr mutiges öffentliches Eintreten für Frauenrechte sogar mit ihrem Leben büßen mussten.

Aber auch die Gewalt gegen westliche Helferinnen und Helfer und die Ablehnung von Frauenrechten als westlicher Wert an sich wurden in den letzten fünf Jahren erheblich durch fehlenden Wiederaufbau, wachsende Armut und NATO-Bombenangriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten genährt – dies trägt in erheblichem Maße zur Verschärfung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen bei.

4. *medica mondiale* fordert weiterhin von der Bundesregierung ein auf 10-15 Jahre angelegtes, konkretes und ressortübergreifendes Aufbaukonzept, das Frauen und Mädchen in Kernbereichen wie Bildung, Gesundheit und Partizipation an Friedens- und Aufbauprozessen beteiligt – und sich in seiner konkreten Umsetzung auf die UN-Resolutionen 1325 und 1820 bezieht.

Ohne Frauen und Mädchen und deren Schutz und Förderung ist kein „Staat zu machen“ – und erst recht keiner, der Frauen und Mädchen ihre unveräußerlichen Menschenrechte garantiert. Welches ist Ihr Beitrag dazu?

Mit freundlichen Grüßen



Selmin Caliskan
Bereichsleiterin Menschenrechte/Politik
medica mondiale e. V.